

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei Postbezugs monatlich 4.45 M., bei Zustellung unter Streifband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate sollen die nächstgelegte Nonparillseite über deren Raum 1,20 M., Werbefläche das feingedruckte Wort 50 Pfl., jedes weitere Wort 25 Pfl., Erörterungszusatz 70 Pfl., bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen 1/20 der Zuschlag sein. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Das sterbende Oesterreich.

## Renner in Paris.

Paris, 12. Dezember.

Staatskanzler Dr. Renner hat in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission eine Erklärung abgegeben, in der er darauf hinweist, daß die Republik Oesterreich ohne irgendein Versäumnis ihrer Verwaltung binnen drei Wochen ohne Besatz und Mehl sein werde und bei ihrer bevalvierten Wahrung selbst weder Getreide noch irgend andere Lebensmittel kaufen können. Derart, sagte der Staatskanzler, ist unsere Lage, daß wir es nicht wagen können, nach Wien zurückzukehren, ohne Brot und Kredit mitzubringen. Keine Regierung kann es verantworten, die öffentlichen Geschäfte weiterzuführen, wenn sie weiß, daß viele Millionen Menschen in einigen Tagen einem absoluten Nichts gegenübersehen. Die Welt würde es dieser Regierung niemals verzeihen, wenn sie nicht durch das freiwillige Bekenntnis der Lage des Landes die Menschheit vor der grauenhaftesten Katastrophe gewarnt hätte. Wir appellieren an Ihr politisches Urteil, das nicht zulassen kann, daß 6 Millionen verzweifelte Menschen ohne eigene Regierung den Mächten unweigerlich die schwierigsten militärischen und politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben aufzwingen. Wir appellieren an Ihr menschliches Herz, das die Mäßigkeit eines Massenherbens ohne geschichtliches Beispiel im 20. Jahrhundert der christlichen Zivilisation weiß von sich weisen wird. Wir glauben hoffen zu dürfen, daß die wohl durdachachten Anträge der Reparationskommission dem Obersten Rat jene Sorgfältigkeit erhalten werden, deren Annahme und Durchführung unser Volk retten und in den Stand setzen werden, die im Vertrag von St. Germain übernommenen Pflichten in rechtschaffener Weise zu erfüllen.

Paris, 12. Dezember.

Der österreichische Staatskanzler Renner hat gestern die Vertreter der Berliner Zeitungen empfangen. Fast sämtliche Morgenblätter sprechen die Erwartung aus, die Entente würde Oesterreich zu Hilfe kommen, wenn sie dazu in der Lage sei.

## Eine Blutlat in Spandau.

### 5 Kriegsbeschädigte schwer verletzt.

Ein blutiger Vorgang spielte sich gestern nachmittags gegen 3 1/2 Uhr im Direktionsgebäude der Artilleriewerkstatt Nord in Spandau ab. Infolge Lohnstreitigkeiten hatten sich dort etwa 120 Schwerkriegsbeschädigte eingefunden, die über die Abweisung ihrer Forderungen in erregten Aeusserungen sich Luft machten. Ein Herr aus dem Direktionsgebäude trat ihnen mit vorgestrecktem Revolver entgegen und forderte sie auf, das Gebäude zu verlassen. Als einige Kriegsbeschädigte auf ihn eindrangen, um ihn den Revolver zu entreißen, öffneten sich mehrere Türen und 10 bis 12 Revolver schüßten in die Menge der Kriegsbeschädigten hinein. Fünf Kriegsbeschädigte erlitten schwere Verletzungen, einer soll sogar tödlich getroffen worden sein.

Ueber die Vorgänge wird uns noch folgendes berichtet: Vor etwa 14 Tagen war eine Anzahl Schwerkriegsbeschädigter, in der Artilleriewerkstatt Nord beschäftigt waren, wegen Kahlensmangel entlassen worden. Sie erhielten für die Zeit der Arbeitslosigkeit einen Vorschuss von 75 Mark und dieser sollte ihnen in Raten wieder abgezogen werden. Da laut Verfügung der Reichsregierung Schwerkriegsbeschädigte nicht entlassen werden dürfen, waren die Entlassenen mit dem Abzug des empfangenen Geldes nicht zufrieden und wählten eine Kommission, die mit der Direktion verhandeln und auch die Wiedereinstellung fordern sollte. Der Direktor Reiner, an den sich die Kommission zuerst

wandte, erklärte sich für unzuständig, und die Kommission begab sich nun nach der Zentralverwaltung der Heereswerkstätten, um dort ihre Wünsche vorzubringen. Während sich die Kommission im Direktionszimmer befand, um zu verhandeln, waren die übrigen Schwerkriegsbeschädigten, etwa 120 an der Zahl, draußen auf dem Korridor verblieben. Durch den Streit und die Hin- und Herbewegung aufgeregt, ergingen sie sich in Schimpereien. Da trat der erwähnte Herr mit dem Revolver hinzu und forderte die Versammelten auf, das Haus zu verlassen. Die aufgeregte Menge drang auf den Herrn ein und wollte ihn entwaffnen. In diesem Augenblick wurden mehrere Türen geöffnet und aus den Zimmern heraus trachten mehrere Revolvergeschosse, wodurch mehrere der Schwerkriegsbeschädigten getroffen wurden. Die Aufregung unter den übrigen war natürlich groß und es entstanden noch lebhaftere Szenen, ehe wieder Ruhe eintrat und die Verletzten fortgeschafft waren.

## Die offiziöse Darstellung.

Von Wolffs Telegraphen-Bureau wird der Vorfall folgendermaßen dargestellt: Ueber Tumulte von Kriegsbeschädigten in Spandau wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Seit Monaten werden, entsprechend den bestehenden gesetzlichen Vorschriften, etwa 1500 Kriegsbeschädigte, für die Arbeit nicht beschafft werden kann und deren Ueberleitung in die Privatindustrie noch nicht möglich war, von Reichswerk Spandau voll entlohnt, ohne daß von ihnen hiergegen auch nur die geringste Handreichung geleistet wird. Verschiedentlich haben diese Kriegsbeschädigten, die zum Teil an den Streiklämpfen im Januar und März sich beteiligt hatten, verlangt, daß ihnen mehr gezahlt würde, als den in den Werken arbeitenden, vollbeschäftigten Personen. Derart unerhörte Forderungen müßten natürlich stets abgelehnt werden. Nachdem Vertreter der Kriegsbeschädigten bereits vor vierzehn Tagen Tumulten angeführt hatten, drangen sie nun heute nach Ueberwindung der Pförtner und anderer Aufsichtsbeamten des Spandauer Reichswerks in das Direktionsgebäude, um schärferen Gewalttaten zurückgehalten werden. Schließlich stellte die Sicherheitspolizei die Ruhe wieder her, wobei ein Sicherheitsbeamter und vier Kriegsbeschädigte verletzt wurden. Dieses Vorgehen der Spandauer Kriegsbeschädigten, das von dem Zentralarbeiterrat wie von der gesamten Arbeiterschaft des Reichswerks aufs schärfste verurteilt wird, dürfte kaum dazu angehen sein, innerhalb der Bevölkerung die Stimmung für die berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten zu verbessern.

Diese Unweisehaft von Seiten der Werkleitung beeinflusste Wolff-Meldung steht im Gegensatz zu dem, was uns von verschiedenen Seiten berichtet worden ist. Wir wissen aber aus alter Erfahrung, daß die Vorgänge durch Wolffs Bureau ständig entstellt wiedergegeben werden, und das scheint uns auch hier der Fall zu sein. Man hat gerade in der letzten Zeit die Kriegsbeschädigten in Spandau des öfteren durch kurzfristige Maßnahmen in Erregung gebracht. Diese Erregung wird nun mit blauen Tüchern zu dämpfen gesucht. Dagegen muß mit aller Entschiedenheit protestiert werden.

## Vierzehn Todesurteile in Budapest.

Budapest, 12. Dezember (Mag. Tel. Korr.-A.)

Im Terroristenprozeß hat der Gerichtshof gegen vierzehn Angeklagte das Todesurteil ausgesprochen, u. a. gegen Josef Szeras wegen Anstiftung zum Mord in sieben Fällen, gegen Gabriel Csomor wegen vierfachen Mordes, gegen Franz Kalas, Geza Keunaber und Martin Loecherer wegen dreifachen Mordes, gegen Alexander Fay und Tibor Vonghats wegen Anstiftung zum Mord in je drei Fällen. Den Verurteilten wurden außerdem noch Raub, Vergewaltigung, Hehlerei und dergleichen nachgewiesen. Die übrigen Angeklagten wurden zu Kerkerstrafen verurteilt.

## Warnung an den Untersuchungsausschuß.

Von Rud. Breitscheid.

Am Mittwoch, den 18. November, wurden die Verhandlungen des parlamentarischen Ausschusses, der die Vereinfachung der Wilsonschen Friedensaktion von 1916 unterwarf, auf unbestimmte Zeit vertagt, weil der General Ludendorff zu erregt war, um sich am Abend nochmals vornehmen zu lassen, und zu kommen, um den Vortag, der am 19. November im Kalender stand, durch seine Auslagen zu entweichen. Seit dieser Zeit, d. h. also seit nahezu einem Monat, ist das Verfahren nicht wieder aufgenommen worden, und eben hören wir, daß die Pause bis Mitte Januar dauern wird. Nun haben die bisherigen Verhandlungen zwar schon hinreichenden Aufschluß über die Schuld der deutschen amtlichen Stellen am Scheitern der amerikanischen Bemühungen gegeben, und wer die jetzt auch im Druck erschienenen stenographischen Protokolle der Sitzungen durcharbeitet, wird kaum noch einen wesentlichen Zug in dem Gesamtbilde vermissen. Aber damit ist die Unterbrechung keineswegs gerechtfertigt, und der Ausschuss muß sich darüber im klaren sein, daß sein Ruhebedürfnis den Zusammenhang der Erörterungen empfindlich stört und das Verständnis und Interesse der Öffentlichkeit abtötet. Wir wollen einwirken nicht annehmen, daß diese Wirkung beabsichtigt ist. Aber ihr Vorhandensein läßt sich nicht bestreiten.

Inzwischen sind der Gesamtausschuß und die einzelnen Untersuchungsausschüsse mehrfach zusammengesommen, um geschäftsordnungsmäßige Fragen zu behandeln und die Methoden des weiteren Vorgehens festzusetzen. Dabei ist auch über das Prozedere diskutiert worden, und es wurde der Grundsatzz ausgesprochen, daß nicht nur die Kommissionen als solche, sondern auch jedes ihrer Mitglieder die Befugnis besitzen, Fragen an Zeugen und Auskunftspersonen zu richten. Der Beschluß war selbstverständlich, aber er bedarf noch dringend einer Ergänzung. Was soll mit den widerwärtigen Erzählungen geschehen, die, wie Helfferich, Hindenburg und Ludendorff für sich eine Ausnahmestellung beanspruchen und beispielsweise dem Abgeordneten Cohn die Antwort verweigern?

Diesem heiklen Problem ist der Gesamtausschuß vorsichtig aus dem Wege gegangen, und er hat das heilige Eilenbedürfnis der Untersuchungsausschüsse zugelassen. Die mögen sich nun den Kopf darüber zerbrechen, ob die in der Strafprozeßordnung enthaltenen Bestimmungen über die Verhängung von Bußen für Zeugnisverweigerung im vorliegenden Falle anwendbar sind, und welches Verhältniß recht den Bestrafen etwa zuzieht. Zeugnisverweigerung im eigentlichen Sinne liegt nicht vor, solange die Auskunftspersonen dem Ausschuss selbst oder seinem Vorsitzenden Rede stehen wollen und sich nur gegenüber den Fragen eines bestimmten Mitglieds obstinat zeigen. Sie haben also bei ihrer Weigerung das formale Recht nicht gegen sich, und es muß für das parlamentarische Untersuchungsverfahren eine eigene Ordnung geschaffen werden. Dazu aber ist der Gesamtausschuß berufen, und es heißt nur, einer Entscheidung feige aus dem Wege gehen, wenn er es den Untersuchungsausschüssen überläßt, sich mit der Materie abzufinden. Seine Pflicht wäre es, ein selbständiges Recht für den in unserem Verfassungsleben neuartigen Prozeß aufzustellen und auf diese Weise die Wiederkehr von Skandalen zu verhindern, wie sie durch das Verhalten des Herrn Helfferich heraufbeschworen wurden. Er müßte dabei von dem Vorbild der Strafprozeßordnung gänzlich absehen und Strafen

# Arbeiter! Parteigenossen! Protestiert am Sonntag durch Beteiligung an den Massenversammlungen gegen die Schmach des Marloh Prozesses!















# Die Parteipresse zum Parteitag.

I.

Die Verhandlungen des Leipziger Parteitags sind von der gesamten Presse mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt worden. Die bürgerlichen Blätter brachten lange Artikel, in denen zunächst behauptet wird, daß unsere Partei durch das Befolgen der Diktatur des Proletariats und zum Nächstem, insbesondere aber durch die Stellungnahme zur Internationale, den Wortschwall aus kommunistischer Lager vollzogen habe. Auf ungefähr der gleichen Höhe der Erkenntnis stehen die Anpreisungen der rechtssozialistischen Presse. Wir brauchen uns mit ihnen vorläufig nicht auseinanderzusetzen, da die Rosa-Partei durch ihre Politik jeden Anspruch darauf verwirft hat, von der revolutionären, sozialistischen Arbeiterpartei als Richterin in ihren Angelegenheiten anerkannt zu werden.

Auch die Blätter der Unabhängigen Sozialdemokratie wohnen selbstverständlich dem Verhandlungsergebnissen ausüblich Betrachtungen. Durch die Verlesung und den Vorwurfscharakter wird eine schnelle und ausschließliche Wiedererwähnung außerordentlich erleichtert. Zusammenfassend kann vorausgesetzt werden, daß unsere Parteipresse sich nicht kritisch alle Beschlüsse des Parteitags zu eigen macht, sondern je nach Temperament und Richtung ihre Meinung dazu äußert. Wir werden in folgen- dem das Wichtigste aus den unabhängigen Kreisgruppen wiedergeben:

### „Leipziger Volkszeitung.“

Diese Ergebnisse des Parteitags buchen wir als nächst für die Partei. Der Eindruck der Einmütigkeit, mit der die Partei das Aktionsmaterial verabschiedete, wird freilich durch die Debatte, die der Abstimmung vorausging, und noch mehr durch den Kampf um die Stellung zur Internationale wesentlich beeinträchtigt. Aber das Aktionsprogramm ist eine Plattform, auf der sich alle ermittelten in Betracht kommenden Richtungen der Partei vereinigen können. Die harten Voraussetzungen und Verhältnisse gegen die bislang anerkannte Taktik der Partei, die der Reichsregierung vorausgingen, sind auf dem Parteitag nicht wiederholt worden. Nur ganz schüchtern wurde eine leise Andeutung des Themas gemacht, als Genoss. Koenen die Forderung des Wortes „parlamentarische“ in der Aufzählung der Kampfmittel der Partei forderte — der Antrag verfiel der Ablehnung. Das Programm enthält ebensoviele wie die Ablehnung oder Degradierung des Parlamentarismus das in den Septembertagen herrschte geordnete Bekenntnis zur Diktatur der Arbeiterpartei.

Zur Frage der Internationale schreibt die „Leipziger Volkszeitung“: Die Resolution der Parteileitung spricht nur von den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder, läßt also Freiheit in Bezug auf die Stellung zum Räte-System. Diese Unterliefe des Beschlusses, den der Parteitag gefaßt hat, gegen die Forderung des sofortigen Anschlusses an die kommunistische Internationale verkennt wir nicht. Und wir verstehen auch das Bestehen der Parteileitung, eine partei- weise für den Beschluß des Parteitages gerade in dieser Frage zusammenzufassen, und die Gefahr einer Verwischung der Grenz- linien gegen die Kommunisten zu verhindern.

Aber die Grenze, bis wohin bei diesem Bestreben gegangen werden darf, ist unseres Erachtens überschritten worden. Wenn nicht eine Vereinnahmung auf die etwas geänderte Resolution Bedenken zu erheben war, so wäre es besser gewesen, es auf einen klaren Antrag ankommen zu lassen. Das, was die Resolution bedeutet, wesentlich von der Resolution Hoerster unterschied, war die Forderung einer internationalen Konferenz, die die revolutionäre Internationale unter Berücksichtigung mit der kommunistischen Internationale zu schaffen hätte. Dieser Konferenzgedanke hätte nicht fallen dürfen. Nicht deshalb, weil wir es als deutsche Nationalisten nicht vertragen, daß die neue Internationale nicht in Deutschland, das bloßblaue Belgien, das rosa Frankreich sei; hätte gesehen, wie die Eisenbahnen des grünen Landes durch das blaßblaue dem rosa zuströmen und daß alle blaß- blauen Festungen gegen das grüne Land gerichtet waren — ein Lottade, die das grüne Volk, Schneider und seine Landsleute, für eine tödliche Beleidigung und für einen Schandbetrug des blaßblauen Volkes hielten. Vor Jimmies schließlichen Augen erlitten die Genossen Stankewitz ver- ringertes, eitriges Gesicht, er verneinte die schrille Stimme zu hören, die in der Diskussionsgruppe so wunden Streit geschloß et hatte: „Genossen, so werden wir nicht weiter kommen! Für uns gibt es doch eine einzige Frage: Sind wir Internationalisten, ja oder nein?“

„Nein Gott!“ — rief Jimmie — „das ist doch schrecklich!“

# Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germania zur Mäthen.

Dieser letzte Umstand schien Jimmie den Krieg selbst- nahe zu bringen. Dem kleinen rumänischen Juden ver- dankte er den größten Teil seines Wissens über den Welt- krieg und am Verkauftisch des Zigarrenladens hatte Jimmie seine erste Geographiestunde genommen. Dort hatte er gelernt, daß das gelbe Land Rußland, das grüne Deutschland, das blaßblaue Belgien, das rosa Frankreich sei; hatte gesehen, wie die Eisenbahnen des grünen Landes durch das blaßblaue dem rosa zuströmen und daß alle blaß- blauen Festungen gegen das grüne Land gerichtet waren — ein Lottade, die das grüne Volk, Schneider und seine Landsleute, für eine tödliche Beleidigung und für einen Schandbetrug des blaßblauen Volkes hielten. Vor Jimmies schließlichen Augen erlitten die Genossen Stankewitz ver- ringertes, eitriges Gesicht, er verneinte die schrille Stimme zu hören, die in der Diskussionsgruppe so wunden Streit geschloß et hatte: „Genossen, so werden wir nicht weiter kommen! Für uns gibt es doch eine einzige Frage: Sind wir Internationalisten, ja oder nein?“

„Nein Gott!“ — rief Jimmie — „das ist doch schrecklich!“

Er war auf dem Punkt angelangt, wo er zugeben konnte, der Kaiser müsse geschlagen werden und es sei viel- leicht für Leute wie Emil Forster ganz recht, zu diesem Zweck in den Krieg zu ziehen; aber einen Menschen zu töten, der aus ganzer Seele den Krieg verabscheut, ihn von seinem kleinen Geschäft fortzuwerfen, das er in müh- seltiger Arbeit aufgebaut hat, ihn zu zwingen, eine Uniform anzulegen und den Befehlen anderer zu gehorchen — wenn man vorortiges das, so begriff man von Neuem die Ab- schaulichkeit des Krieges.

II.

Genoss Meißner berichtete weiter. „Es kommt noch Beger — sie haben auch den Genossen Gerrity genommen.“

„Genoss Meißner!“ — rief er doch verärgert. „Genoss Meißner, aber das wird nicht berücksichtigt; nur dann, wenn die Frau sich nicht selbst erhalten kann. Und die Gerritys wählten das nicht. Genossin Evelyn arbeitete auch noch ihrer Beibringung als Stenographin, und

nationale einen ausschließlich kommunistischen Charakter zu geben, vermindert hätte. Die Resolution der Parteileitung tut das nicht, da sie die Verhandlung mit der dritten Internationalen nicht in den Vordergrund rückt. Die damit gegebene Verplünderung der Verhandlungen bringt zudem die Gefahr einer Verzögerung, zumal bei den sehr erschwerten Verbindungen mit Rußland. Eine Konferenz hätte eine schnellere Verhandlung mit allen in Betracht kommenden Parteien herbeiführen können. So ist die Möglichkeit gegeben, daß in den Sonderverhandlungen mit der dritten Internationalen, d. h. mit Moskau, Bedingungen festgelegt werden, die den Parteien des Westens den Anschluß sehr erschweren — so daß die revolutionäre Internationale eine Kumpfskörperlichkeit bleibt, während bei der Auseinandersetzung auf einer Konferenz, wo die Bolschewiki die Einwände der revolutionären Sozialisten der Westländer hören würden, wo eine Debatte darüber die Chancen der Parteien und Möglichkeiten für den Anschluß in beiderem Licht stellen würde, diese Gefahr eher vermieden werden könnte. Besonders bedenklich aber ist, daß der Resolution ein Inhalt angefügt worden ist, der da fordert, daß „der Anschluß“ von der U. S. P. allein vorzunehmen sei, wenn die Parteien der anderen Länder nicht geneigt sein sollten, mit ihr in die dritte Internationale einzutreten. . . .

In diesem Zusammenhang aber müssen wir einer Erwähnung auf diesem Parteitag gedenken, die einen großen Teil der Befürchtung sehr unangenehm berührt, ja empört hat: die ständige Unterhaltungen, die schon den Eindruck von Beratungen machten, die einige an der Spitze jener in der obigen Aus- fassung des Goldner Volksblattes gekennzeichneten Richtung stehende Genossen mit dem Leiter der kommunistischen Partei im Vorraum des Tagungssaals führten. Als die Verhandlungen über die Internationale im Gange waren, erreichten diese bedenklichen Begleiterbeobachtungen des Parteitags ihren Höhepunkt, so daß der Zuschauer in die Verwirrung geriet, einen Zusammenhang zwischen den Vorgängen auf dem Parteitag und jenen Unterhaltungen zu suchen. Im Saal selbst mochten sich einige Gäste in wenig angenehmer Weise bemerkbar machen. Dem Herrn Picinetti seine politischen Anschauungen, die offenbar von derselben Klarheit sind, wie die expressivsten Zeichen seiner Partei, nicht weiter abel; wenn er aber sich erlaubt, einem Mitgliede unserer Partei, das ihm nicht ge- fällt, das Rosenrot-Rosige-Doggenbruder an den Kopf zu schubsen, so möchten wir uns solches Gebaren eines Gastes denn doch ganz ergebnis verbiten.

Ein bedenklicher Mangel dieses Parteitags ist sein Ver- übergehen an all den brennenden Fragen unserer inneren wie äußeren Politik. Gerade während seiner Tagung hat sich die Wiederholung jener frevel- haften Sabanquedolizei des Nichtunternehmens der Friedens- bedingungen angesetzt. Der Parteitag hat keine Zeit gefunden, diese Politik handhatter Spieler zu brandmarken und eine ener- gische Gegenreaktion unserer Partei anzukündigen und zu orga- nisieren. Die Steuerfrage ist nicht gelöst, obwohl die Forderung der Nationalsozialisten vor schwerwiegenden Entscheidungen steht. Der Parteitag fand keine Zeit, den kommenden Wahlfeld- zug zu beschreiben, der sorgfältige Vorbereitungen erfordert; er hat die Lebensmittelfrage nicht einmal gestreift und die Sozial- politik mußte in überhasteter Debatte erledigt werden. Ja, nicht einmal zu einer orientierenden Besprechung der allgemeinen innerpolitischen Situation der Gefahr der Gegenrevolution war Zeit, obwohl gerade hier der Austausch der Erfahrungen und Beobachtungen sehr fruchtbar hätte sein können; und ebensoviele konnte an ein ausfallendes Referat über die weltpolitische Situa- tion gedacht werden, obwohl die Verhältnisse, die auf diesem Gebiet stattgefunden haben und die für die Beurteilung der Aus- sichten der Weltrevolution äußerst wichtig sind, nach einer solchen Darlegung förmlich riefen.

### „Volksblatt“ in Halle.

Die Taktik der Partei und die Frage des inter- nationalen Zusammenschlusses — das waren die beiden Fragen, um derenwillen der Parteitag zusammenberufen wurde. Daneben hatte die Vorstandswahl, die durch das Abbleben des Genossen Haase sich notwendig machte, eine Be- deutung, die weit über den gewöhnlichen Grad hinausging. Man kann zusammenfassend sagen, daß alle drei Aufgaben im Sinne der Radikalisierung der Partei gelöst wurden, wenn

gleich wir in der Frage der Internationale ein noch schärferes Hervorheben des radikalen Standpunktes gewünscht hätten.

Der eigentliche „rechte Flügel“ unserer Partei war in Leipzig kaum vertreten, ein Beweis dafür, daß er kaum noch vorhanden und jedenfalls gänzlich einflusslos ist. Kautsky, Ströbel, Rehrle, Erdmann, Herz und Freilich — teils von ihnen, die auf dem Parteitag zum Teil noch eine Rolle spielten, sah man diesmal. Hilferding und so mancher von denen, die noch vor Monaten der Entwicklung nach links skeptisch gegenüberstanden, haben in nicht wenigen Punkten un- gelehrt, wenn auch noch manche Differenz übrigblieb, die zu den bekannteren Debatten führte. . . .

Leider blieb dem Parteitag wenig Zeit für manche Frage, die es verdient hätte, näher beleuchtet zu werden. Damit würden wir ganz gewiß nicht die sogenannte Einigung mit den Rosa- sozialisten. Der Traum Scheidemanns ist ausgeträumt! Die Unabhängigen Sozialdemokratie lehnt es ab, sich durch Kom- promisse mit den Herdberbern der deutschen Arbeiterbewegung, mit den Kriegsozialisten und Genickschneidern der Revolution zu distanzieren. Sie hat die geschichtliche Aufgabe, die Arbeiter- bewegung zusammenzuführen, und hält daran fest, daß allein ihr Programm und ihre Grundzüge die Vorbedingung für jede Einigung sein müssen.

Nur vor dem Schluß des Parteitags wurde noch „die wich- tige Entscheidung der Genossin Bieg zur Sozialpolitik“ an- genommen. Einige Tage zuvor hat: Genossin Bieg auch unsere Stellung zur Steuerfrage präzisiert, worüber der nächste Parteitag noch zu entscheiden haben wird. Die Jugendfrage wurde durch Annahme einer Resolution erledigt, die eine Unter- stützung der freien Sozialistischen Jugend Deutschlands aus- spricht, ohne daß eine parteipolitische Bevormundung beabsichtigt wird. Damit hat die Partei ein Verständnis für die Jugend bewiesen, das viele ihr danken wird. Eifersüchtigen Weisall fand eine vom Genossen Crispian eingebrachte Resolution, die einen Antrag an die russische Sowjetrepublik enthält. Eine ganze Reihe weiterer Anträge wurden dem neuen Parteivorstand, andere Anträge der Fraktion der Nationalversammlung überlassen.

Nur wenige Parteitage haben so fruchtbringende Ar- beit geleistet, wie der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemo- kratie in Leipzig, dessen Ergebnisse bei der gesamten Partei- organisation sicher volle Zustimmung finden werden. Die Be- schlüsse und der Inhalt der Vorstandswahlen sind ein Beweis dafür, daß in der U. S. P. nicht Lippenbekenntnisse, sondern nur revolutionäre Taten gelten. Mit der Unklarheit in es jetzt vor- bei. Deutschland hat in der U. S. P. eine Arbeiterpartei, die, sich stützend auf wissenschaftlicher Erkenntnis, erfüllt von revolutionä- rem Willen, in sich geschlossen, nach außen verbunden mit der sich in der 3. Internationale vereinigenden Bruderparteien, den Klassenkampf des Proletariats zum Siege führen wird.

### „Volkszeitung“ in Düsseldorf.

Die Diktatur des Proletariats ist im neuen Aktionsprogramm von Leipzig lediglich als die politische Herr- schaft des Proletariats gekennzeichnet. Das Aktionsprogramm be- wirkt ausdrücklich „gewalttätiges Vorgehen einzelner Gruppen und Personen“. Um aber keinen Irrtum auskommen zu lassen, möchten wir hier ausdrücklich bemerken, daß kein Mensch in der Partei den Begriff Diktatur des Proletariats etwa in der schwa- matischen Weise eines auf Grund des Mehrheitsbeschlusses des gesamten Volkes herbeigeführten Zustandes aufzufaßt. . . . Wir auf der einen Seite der Parlamentarismus im Aktionsprogramm seine ihm gebührende Stellung gefunden hat, so auf der anderen Seite das Rätesystem. Dieses ist die Herrschaftsorganisation des Proletariats, mittels deren es seine historische Aufgabe, die Überwindung des Kapitalismus und die Befreiung der Mensch- heit, lösen wird. Das Rätesystem ist ein Kampfmittel des Proletariats zur Ausübung seiner politischen Macht. Eine Unter- schätzung des Rätesystems, etwa in dem Begriffe eines Abwech- sels, findet im Aktionsprogramm keinen Boden. . . .

Zu der seit Monaten von einer rührigen Gruppe betriebenen Propaganda für den Anschluß an RodLau war bis dahin von der Unbedingtheit keine Rede. Man verlangte den Anschluß auf Grund von einer Beschränkung, die auf der Moskauer Leitung über Grundlinien und Betätigungswesen herbeigeführt werden müsse. So spricht auch noch die von Rehrle'schen Bezirksparteitag angenommene Resolution von einer Beteiligung an der Dritten Internationalen, die unter Berücksichtigung der revolutionären Parteien aller Länder

jemand muß sie angekreist haben; jedenfalls wurde er vor die Musterungskommission besohlen und behalten. Der wahre Grund ist natürlich, daß er der Organisator unserer Diskussionsgruppe war; sie wollen mit uns aufräumen.“

„Wie hat Gerrity sich verhalten?“

„Er verweigerte den Dienst, worauf sie nach ihm effizient Soldaten schickten und ihn fortzuschleppen ließen. Er wurde nach Camp Sheridan gebracht und sollte die Uniform anziehen — er weigerte sich, sagte, er werde seinen Finger rühren, wolle mit dem Krieg nichts zu schaffen haben. Daraufhin wurde er angeklagt und zu fünfzdwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie haben ihn in eine Einzelzelle gesteckt, bei Wasser und Brot, tagsüber sind sogar seine Hände gefesselt.“

„Oh!“ — rief Jimmie empört

„Die Genossin Evelyn ist halbverrückt geworden. In der Diskussionsgruppe brach sie zusammen und meinte suchtig. Jetzt geht sie in alle Kirchen — Sie wissen doch, daß die Frauen in den Kirchen zusammenkommen und für's Rote Kreuz nähen, sie und die Genossin Mary Allen gehen hin und halten Reden, welche die Frauen schier zum Wahnsinn treiben. Die beiden sind auch einmal verhaftet worden, doch ließ man sie wieder frei, wollte vermeiden, daß die Sache in die Zeitung komme.“

Genoss Meißner konnte nicht ahnen, wie sehr diese Nachricht Jimmie erschüttern werde, wußte er doch nichts von dem seltsamen Liebesabenteuer, das des kleinen Wa- schinisten Seele beimgenst und in Verwirrung versetzt hatte. Jimmie aber sah in Geiste das reizende Gesicht, die herausfordernden Strahlen von einem Blauenblau wel- licher Haare umrahmt, und der Gedanke, daß die Genossin Evelyn unglücklich sei, schien ihm unerträglich. „Wo ist sie jetzt?“ fragte er. Er sah sich selbst in einer Art Vision vorführen, Gerrity's Agitation fortzuführen, in Kirchen ein- brechen, dem Horn der weiblichen Patrioten Trost bieten, mit Genossin Evelyn ins Gefängnis geschleppt werden, oder — wer konnte es sagen? — sie ärtlich und ehrfurchtsvoll in tröstliche, brüderliche Arme schließen. Jimmie beschloß das Temperament des Träumers, des Idealisten, dem es genügt, etwas zu erleben, damit dieses in seinem Geiste sofort zur Wirklichkeit werde. Seine Phantasie, vom Bild der reizenden Stenographin entzündet, erhob sich zu wildem Flug. Zum erstenmal ward ihm klar, daß er ein freier Mann sei — und was die Genossin Evelyn anbetraf — wenn das Kergste geschähe, wenn der Genoss Gerrity

die Wasser- und Brotloft nicht ausließ, oder in den Schützengraben geschleppt und dort fallen würde — dann würde die trauernde Witwe einer Straße bedauern, eine Mensch, der sie mit tröstenden, brüderlichen Armen um- schlingt. . . .

„Wo ist sie jetzt?“ — fragte Jimmie abermals, und beim Vernehmen der Antwort zerfielen seine Träume. Er arbeitete in New York bei einer Organisation, die darauf strebt, menschliche Behandlung für die Dienstverweigerer aus Gewissensgründen zu erwirken. Meißner sprach Jimmie ein Flugblatt dieser Organisation, in dem schmerz- liche Berichte über die Behandlung der Opfer militärischer Wohnsims standen: sie waren geschlagen, gefoltert, un- geschungert, Spott und Demütigungen ausgesetzt, in wüsten Höhlen vor ein Kriegsgericht geschleppt und zu zwanzig oder dreißig Jahren Kerker verurteilt worden. Jimmie sah die halbe Nacht über diesen Erzählungen — und abermals wurde in seiner Seele der Patriot im Keim erfaßt.

III.

Jimmie ging zur nächsten Versammlung der Diskus- sionsgruppe. Es war eine recht bescheidene Zusammenkunft, viele der Mitglieder besorgten sich im Gefängnis, eiliche im Meer, einige trugten nicht zu kommen, aus Angst, ihre Arbeit zu verlieren, andere waren durch unentgeltliche Ver- folgung ermutigt worden. Die alten Kämpfer jedoch fanden sich ein — Genoss Schneider, der sollte als Ger- mann Forster, Genossin Mabel Smith, die von Michigan- lungen berichtete, die ihr Bruder im Zuchthaus erlitten mußte, und Genossin Mary Allen, die Quälerin. Rehrle sagte es noch immer als persönliche Beleidigung auf, daß Amerika trotz aller ihrer Bemühungen und Proteste in der Diktatur steige; sie war blässer und magerer denn je, ihre Hände zitterten, ihre Lippen bebten beim Sprechen, es war offensichtlich, daß sie über die ungeheure Taktlos- keit der Welt von vorn verzehrt wurde. Sie sah der Ver- sammlung die erschütternde Geschichte eines Verräters vor, der als Dienstverweigerer aus Gewissensgründen in New York gemustert und in eine Kaserne geschleppt worden war, wo ihm eine drat erkrankte, demütigende Behandlung erteilt wurde, doch er sah er sich. Genossin Mary hatte keine eigenen Kinder, sie hatte an deren Stelle die Dickwangen in ihr Herz geschlossen; während sie die durchwühlten Zorn und Schmerz ihre Seele.

(Fortsetzung folgt)



zur Gründung einer wirklich revolutionären Internationale führen sollte. In Leipzig aber hieß es in der Resolution Sueders: „Die U. S. P. D. mit den Grundzügen der Dritten kommunistischen Internationale einverstanden ist...“

Angesichts dieser Situation kann man den Aufwand an Zeit, den der Parteitag für die Behandlung der Frage Internationale machen mußte, bedauern. Umso mehr, als für andere sehr wichtige und näherliegende Dinge keine Zeit mehr blieb. Nur gegenwärtigen politischen Lage hat der Parteitag nicht Stellung genommen, und sie ist doch wirklich bedenklich genug.

## Der Münchener Attentatsprozess.

München, 12. Dezember.

### 4. Verhandlungstag.

Nach der Vernehmung des Staatsministers Frauendorfer befragte zunächst der Richter Winkler, daß Eisner in einer Sitzung des U. und S. Rates die Mitglieder aufgefordert habe, nichts gegen den Landtag zu unternehmen, weil das schon die Reaktion besorgen würde.

Darauf begab sich, da eine Heberführung des Ministers Auer in den Gerichtsaal sich als unzulässig erwies, das Gericht in die Chirurgische Klinik, um Auer zu vernehmen. Die Angeklagten Auner und Frisch verzichteten nach einbringlichen Vorstellungen des Vorsitzenden auf die Beteiligung an der Vernehmung, um den Minister nicht aufzuregen.

Ich glaube, daß das Attentat auf Eisner das auf Auer direkt hervorgerufen hat.

Nach dem Attentat herrschte unter den Soldaten große Erregung, weil sie annahmen, daß Auer an dem Attentat auf Eisner beteiligt gewesen wäre. Ich selbst rechnete auch mit einer Aktion, hätte sie aber nicht schon für diese Sitzung erwartet.

Darauf wurden die Protokolle über die beiden Vernehmungen Auner zur Verlesung gebracht. Die erste kommissarische Vernehmung des Ministers hat im Oktober in Obersdorf im Allgäu stattgefunden. Auer hat damals ausgelegt, daß er am 20. Februar mit Eisner eine Weisprechung nachzuziehe. Es lag ein Beschluß der sozialistischen Mehrheitspartei vor, wonach die damaligen Minister dem Landtag ihre Resignation zu stellen sollten.

Die Sitzung der Abgeordneten wurde vertagt und ich begab mich in das Reaktionszimmer der Mehrheitssozialisten. Dort formulierte ich einen Nachruf für Eisner. Dann begab ich mich in das Ministerzimmer, um die Formulierung mit den anderen Ministern zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit machte Minister Jaster eine zweideutige Bemerkung dahingehend, daß das Attentat auf Eisner wohl vorbereitet gewesen sei und er rede so herum, als wenn ich Schuld daran sei.

Wißner das Opfer eines Mordes geworden wäre, habe ich nicht. Dagegen bin ich überzeugt, daß auf jeden Fall, wenn auch vielleicht erst später, ein Attentat auf mich verübt worden wäre. Auf Befragen Reichsanwalt Sauters erklärte der Zeuge dann noch: Es ist mir bekannt, daß im Januar 1919 ein junger Mann in das Ministerium des Innern eintraug, um ein Attentat auf Eisner auszuführen, dabei aber festgenommen wurde. Eisner ließ ihn laufen. Sofort danach ließ er mich zu sich bitten.

Der frühere Stadtkommandant Lürz behandelte, daß er vier- bis fünfhundert Mann zum Schutze des Landtages aufbieten wollte, daß er diese aber nicht zusammenbekommen konnte. Der Schutze auf Eisner habe alle Hände voll zu tun gehabt und so sei es ihm nicht einmal gelungen, die über die Ermordung Eisners aufgereagten Soldaten zur Festnahme Lindners zu veranlassen.

### Die Kruppischen Gelder für Bekämpfung des Bolschewismus.

Der frühere Münchener Polizeipräsident Deimer äußerte sich in ähnlichem Sinne. Auch er meint, daß erst das Attentat auf Eisner die Vorgänge im Landtag herausbeschworen habe. Deimer erzählt dann des Längeren über die Kruppische Geldgeschäfte. Er erklärt, daß sein Vertrauensmann Beyer eines Tages an ihn herangetreten sei und ihm erklärt habe, es seien ihm 50.000 Mark zur Bekämpfung des Bolschewismus mit der ausdrücklichen Bemerkung angeboten worden, man brauche über die Verteilung des Geldes keine Rücksicht abzugeben.

Es wurde dann noch eingehend über die Einzelheiten der Fortschaffung Lindners nach Salzburg verhandelt, wobei die Anklagen Wäcker und Schlund dabei verlesen, daß sie keine Abkürzung von dem eigentlichen Zweck der Reise gehabt hätten. — Dann wurde noch Direktor Kallfeld von Reichsheim vernommen, wo Lindner vom 1. November 1917 bis Januar 1919 beschäftigt war. Der Zeuge belundet, daß Lindner immer korrekt und ehrlich war und vor der Revolution ein durchaus ruhiger Mensch gewesen war.

## Preussische Landesversammlung.

### Der Kultusdebatte letzter Teil.

Wie in der Kultusdebatte fortgesetzt wurde, kamen einige kleine Anträge zur Verhandlung. Genosse Adolph Hoffmann hatte nach den Gründen gefragt, weshalb der erbitterte feindliche Kommunistenrat Kirdsoj zum Ehrenmitglied der Düsseldorfener Kunstakademie ernannt worden sei.

Im Verlauf der weiteren Kultusdebatte nahm Haenisch erneut das Wort zu sehr ausgedehnten Darlegungen. Wichtig daraus war folgendes Bekenntnis zur Koalitionspolitik: Wenn ich meinen Posten übernommen habe, so habe ich damit der Not des Vaterlandes ein Opfer gebracht.

meine sozialdemokratischen Grundzüge nicht so vertreten kann wie ich es möchte.

so ist das in erster Linie Schuld der Unabhängigen wegen ihrer Versplitterungspolitik unter der Arbeiterpartei und ihrer Abspaltung. (Große Unruhe bei den Unabhängigen.) Dadurch ist es bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zu diesem Hause unmöglich geworden, der Arbeiterpartei die Nachstellung zu verschaffen, die ihr gebührt. (Anbauernde Chorus rechts, großer Lärm.)

Genosse Hennig antwortete: Ich bedaure, daß der Minister Haenisch und die Rechtssozialisten

auf dem Gebiete der grundsätzlichen Kulturpolitik völlig versagt haben. Durch ihre Vertuschungsanträge haben sie alle unsere Anträge bis zur Bedeutungslosigkeit abgemindert. Diese Politik reizt den Appetit desentrums. Auch in dem neuesten Konflikt sind der Minister Haenisch und die Rechtssozialisten wieder zurückgewichen. Das bedeutet, daß die Schuldputationen auf abschleppbare Zeit reaktionär zusammengestellt bleiben.

### Keine sozialistische Schulpolitik treibe.

Dies heißt, als er in die Regierung eintrat, gab er seine sozialistischen Grundzüge in der Verkörperung ab. Er hat sich nicht von

dem Gedanken lösen lassen: es darf nichts gesagt und getan werden, was die Koalition stören könnte. Wir aber betrachten es als unsere Aufgabe, hier so viel wie möglich zu hören. Denn die Koalition ist der Versuch, Unvereinbares miteinander zu vereinigen. Auf der einen Seite die Rechtssozialisten, die doch behaupten, Anhänger der weltlichen Schule zu sein. Auf der anderen Seite das Zentrum, das mit aller Fähigkeit an der lossehnlichen Volksschule festhält.

Die Hochschulbildung hat eine tiefe Wirkungskraft aufgetrieben zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten. Dortan wird gar nichts geändert durch die von ihrer Seite vorgelegenen Reformen. Auch die Volksschule, die sie im Sinne haben, ist wertlos.

Nachdem schließlich noch Frau Boehlmann von der Deutschen Volkspartei versucht hatte, die Ausführungen unseiner Redner zu irritieren, dabei aber lediglich ihre Unfähigkeit darbot, sich in sozialistische Gedankengänge auch nur ein wenig hineinzuversetzen, wurde zur Abstimmung geschritten.

Siehe auf dem Antrag auf Gewährung von Beschäftigungsberechnungen an solche Staatsarbeiter, die weniger als sechs Monate angestellt sind, zur Verhandlung. Der Bericht erörterte teilte mit, daß der Finanzminister eine Erklärung abgegeben habe, daß unser Antrag entgegenkommend, bei den Kriegsteilnehmern keine Wartzeit in Anrechnung gebracht und auch den sonstigen nur kurze Zeit Beschäftigten im Fall der Bedürftigkeit eine Beihilfe gewährt werden solle.

## Gewerkschaftliches.

### Erwiderung.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: „Der Zentralverband der Angestellten wird und geschäftlich das Gewerkschaftsamt der Bekleidungsindustrie fast täglich gegen den Zentralverband der Angestellten in Form einer „Verächtigung“ Stellung zu nehmen, welche von Verdrehungen und Unrichtigkeiten streift.“

Über die Berechtigung des Zentralverbandes der Angestellten in der Bekleidungsindustrie. Tarifverhandlungen zu führen steht dem Gewerkschaftsamt in der Bekleidungsindustrie kein Urteil zu. Wenn die Mitgliedszahl des Zentralverbandes der Angestellten in der Bekleidungsindustrie heute noch nicht so groß ist, wie der Zentralverband es im Interesse der Angestellten gerne sehen würde, so liegt es eben daran, daß mandem Angestellten der Bekleidungsindustrie von den Fabrikarbeitern die Augen zugewallen werden.

### Kartell der freien Gewerkschaften in der Textil- und Bekleidungsbranche.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften, welche mit der Textil- und Bekleidungsindustrie und dem Großhandel in Verbindung stehen, hatten am 12. d. Mts. eine Sitzung, in welcher zu schwebenden Fragen Stellung genommen wurde. Vertreter waren der Deutsch-Transportarbeiterverband, der Textilarbeiterverband, der Fabrikarbeiterverband, der Schneiderverband, der Schneiderverband, der Schneiderverband und der Zentralverband der Angestellten.

### Ausgesperrte der Berliner Metallindustrie!

Am Montag, den 15. Dezember, vorm. 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 14-15, Saal 1, eine sehr wichtige Versammlung statt.

Es liegt im Interesse der noch ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen bestimmt zu erscheinen. Verbandsbuch legitimieren! Die Sektionsleitung.

### Die Lohnbewegung der Friseurgehilfen.

Eine von über 1000 Gehilfen und Gehilfinnen besuchte Generalversammlung des Arbeitnehmer-Verbandes in den Sophien-Eilen, nahm Stellung zu dem Vergleich und den Schiedsgerichtsbescheid über die Verhandlungen und empfahl die Annahme des Vergleichs und des Schiedsbescheides. In der sehr regen Diskussion traten verschiedene Redner zum entgegen.



# Groß-Berlin.

## Arbeitermangel und Arbeiterüberfluß.

Landwirte führen Klage über Arbeitermangel. Der Landwirtschaftsminister hat den Kreisbauernverbänden in den Provinzen Telegramme geschickt, in denen über Arbeitermangel Klage geführt wird. Durch den Dezernenten der Erwerbslosenfürsorge, Eduard Sassenbock, sind darauf hin sofort alle in Frage kommenden Körperschaften zu einer Aussprache zusammenberufen worden, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis war, daß die Vertreter der Landwirtschaft meinten, daß alle für die Landwirtschaft gemeldeten Stellen reslos besetzt worden sind, und daß es trotz aller Bemühungen nicht möglich war, mehr Arbeitslose für die Landwirtschaft unterzubringen, obwohl ständig Kommissararbeiten unterwegs waren, um den ländlichen Arbeitgebern Arbeitskräfte anzubieten, die sich zahlreich zur Annahme von Arbeit auf den Arbeitsnachweisen gemeldet hatten. Auch die Zentralarbeitsstelle der Groß-Berliner Arbeitsnachweise meldet, daß zur Zeit auch nicht eine Anforderung auf dem Arbeitsmarkt vorliegt. Das gleiche bezeugt auch am Sonntagabend stattgehabende Hauptausführung der Vertreter der beiden Landkreise. Auf Grund dieser Feststellungen wurde die Echtheit des Telegramms von verschiedenen Seiten angezweifelt.

Es fragt sich nun, welche Veranlassung lag vor, diese Klagen in die Welt zu schicken. Will das Landwirtschaftsministerium jetzt dadurch, daß man versucht die Arbeitslosen zu verbüchern, als wären sie schuld, daß die Landwirtschaft nicht rechtzeitig eingetroffen wurde, den Beweis führen, daß von den maßgebenden Regierungsstellen gefürchtet sei, um unsere Ernten zu sichern und daß die Unlust der Arbeiterschaft zur Arbeit daran schuld sei, daß wir hungern müssen; das dürfte ihr schwerlich gelingen. Denn gerade von der linksstehenden Presse ist die Arbeiterschaft auf die Gefahren, welche unserer diesjährigen Ernte drohen, hingewiesen worden. Es ist oft genug gesagt worden, wie die Großgrundbesitzer sogar kein Verständnis für die Bedingung unserer Wirtschaftslage zeigen, sondern sich aus politischen Gründen die Arbeit in der Landwirtschaft verschließen und ganze Landstriche bei der diesjährigen Erntearbeitsstellung haben brach liegen lassen. Wollte der Staat wäre es gewesen, gegen diese Herren ganz energiegelanter vorzugehen. Daß sie es unterlassen hat, ist ihre Schuld. Also muß sie auch voll und ganz die Verantwortung dafür auf sich nehmen. Tatsache ist, daß den ganzen Sommer hindurch von den städtischen Arbeitsnachweisen Kommissionen unterrichtet waren, um den Großgrundbesitzern Arbeitskräfte anzuwerben. Das Ergebnis war gleich null. Alle Bemühungen scheiterten, was von uns längst vorausgesagt worden ist. Die Schuld liegt nicht auf städtischen Gütern, mit Kartoffeln und Getreide, selbst auf städtischen Gütern, mit Kartoffeln und Getreide, sondern für die menschliche Ernährung verweigert man sich. Es muß daher in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß die Schuld an der zu spät einbreitenden Ernte nicht den Arbeitslosen und Arbeitern zuzurechnen ist, sondern den Regierungsstellen, welche nicht bereit waren, die Arbeitslosen in der Landwirtschaft einzuführen. Es muß daher in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß die Schuld an der zu spät einbreitenden Ernte nicht den Arbeitslosen und Arbeitern zuzurechnen ist, sondern den Regierungsstellen, welche nicht bereit waren, die Arbeitslosen in der Landwirtschaft einzuführen. Es muß daher in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß die Schuld an der zu spät einbreitenden Ernte nicht den Arbeitslosen und Arbeitern zuzurechnen ist, sondern den Regierungsstellen, welche nicht bereit waren, die Arbeitslosen in der Landwirtschaft einzuführen.

## Kommunale Vertreterkonferenz.

Die Referenten zu der heute stattfindenden Konferenz sind nicht Dr. Rosenfeld und Wöhe, sondern wie vorher bekannt gemacht, Genosse Leid und Dr. Wöhe.

## Die Neu-Besoldung der städtischen Beamten.

Die Beamten in den Gemeinden aufgestellt wird, leidet an dem Mangel, daß noch immer die einzelnen Gemeinden in den Besoldungen differieren. Das müßte vermieden werden, wenn nach der Eingemeindung die Geschichte wieder von neuem angefangen werden soll. Noch wäre es Zeit, ehe die Besoldungen endgültig verabschiedet werden. Die Beamten sind noch keiner Richtung hin geschädigt, wenn diese Besoldungsänderung noch im letzten Augenblick erfolgt. Unsere Bemühungen müßten überall dahin wirken.

## Arbeiterräte und Betriebsräte!

Um die Schlussrechnung der noch im Umlauf befindlichen Marken des Wahl- und Propagandasamts vorzunehmen, weisen wir nochmals ausdrücklich daraufhin, die Marken umgehend abzurechnen. Die Abrechnung erfolgt nicht mehr in den bisher bestimmten Lokalen, sondern von heute Sonnabend, den 12., im Bureau Ringstraße 24 III, in der Zeit von 9-5 Uhr. Die Kassierer werden dringend ersucht, die Abrechnung noch heute vorzunehmen. Die Genossen in den Betrieben haben die Pflicht, ihre Kassierer zu kontrollieren, ob die Schlussrechnung erfolgt ist. Der Geschäftsführende Kassierer, J. A. Bahl.

## Wie arbeitet der Sozialist im Elternrat?

Gestern abend fanden in allen Teilen Groß-Berlins 20 öffentliche Volksversammlungen mit obigem Thema statt, die vom Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Österreichs (Ortsgruppe Groß-Berlin) einberufen waren. Dem Referat, das überall mit großem Beifall aufgenommen wurde, ging ein Vorschlag mit der Überschrift: „Eltern, bewacht die Lehrer!“ voran, den Gen. Arno Kadel dem Verbande sozialistischer Lehrer für diese Veranstaltung gewidmet hatte. Der Vorschlag fand bei den Versammlungsteilnehmern die beste Aufnahme und machte schätliche Eindrücke. Zum Schluss wurde folgende Resolution einstimmig zur Annahme gebracht: „Die vom Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Österreichs, Ortsgruppe Groß-Berlin, zum 12. Dezember 1919 einberufene Versammlung stellt fest, daß der Ministerialerlass vom 5. November 1919 für Elternräte an Schulen in keiner Weise den Anforderungen entspricht, die die Elternschaft hinsichtlich ihres Rechtes zur Teilnahme an den Angelegenheiten der Schule stellen muß. An Entschuldigungen auf schulpolitischem Gebiete gewöhnt, hält sie es trotzdem für notwendig, in dieser Körperschaft mitzuarbeiten, um sie nicht völlig zu einem Instrument der Reaktion werden zu lassen und zu versuchen, wenigstens die größten Uebelstände im Schulwesen zu bekämpfen.“

## Weihnachtsbillsaktion in Neukölln und Johannisthal.

Der Neuköllner Magistrat hat beschlossen, allen bedürftigen Einwohnern, deren Einkommen nicht über 2000 M. im Jahr beträgt, und allen Kriegsbeschädigten, die über 50 Prozent erwerbsunfähig sind, sowie den arbeitslosen, bedürftigen Rentnempfangern, Witwen und Waisen, zu Weihnachten eine besondere Unterstützung zuteil werden zu lassen. Zu diesem Zweck sind 500 000 M. bereitgestellt worden. In jedem einzelnen Fall soll das Familieneinkommen der Empfängerberechtigte den Betrag von 20 M. erhalten. Für jede Frau und für jedes Kind sind etwa je 10 M. vorgesehen.

In Johannisthal war beantragt worden, die durch den Metallarbeiterstreik in Not geratenen Familien zu Weihnachten zu unterstützen, und zwar wurde beschlossen, 100 M. bei Familien mit vier Personen, 80 M. bei drei Personen und 60 M. bei Familien von zwei Personen zu zahlen. Der Antrag wurde mit der Maßgabe angenommen, daß die Unterstützung allen in Not geratenen Familien, ohne Rücksicht auf die Streikbeteiligung, gezahlt werden solle.

## Spaltung in der Neuköllner Jugendbewegung.

Nachdem die Weimarer Tagung der Freien sozialistischen Jugend zu einer Spaltung innerhalb der Jugendbewegung in den meisten Orten geführt hat, ist nun auch in Neukölln die Trennung erfolgt. Eine Generalversammlung der Jugendorganisation stellte sich rückfällig auf den Boden des Weimarer Beschlusses (Beschluss zur A. B. D.), verabschiedete sich durch eine besondere Resolution. Der dagegen stimmenden Minderheit wurde die Fähigkeit zur Vertretung irgendwelcher Funktionen aberkannt. Die Minderheit trat infolgedessen aus und schloß sich zu einer Ortsgruppe der Freien sozialistischen Arbeiterjugend zusammen. Eine Vollversammlung sämtlicher Kommissionen des Ortsvereins Neukölln der F. S. B. nahm am Donnerstag Stellung zu den Vorgängen innerhalb der Jugendbewegung und beschloß, das Jugendheim in der Ropatsstraße 15 der Freien sozialistischen Arbeiterjugend zur Verfügung zu stellen.

Die Generalversammlung des Arbeiter-Elternbundes am Sonntag, den 14. Dezember, in der Schulaula, Langestr. 31, beginnt aus technischen Gründen bereits um 9 1/2 Uhr und werden die Mitglieder um pünktliches Erscheinen gebeten.

Sankow. Der kommunale Arbeiterrat mußte durch Gemeindevorsteher-Beschluß am 8. Dezember das Zimmer 9 des Rathauses räumen. Er hat sein Büro jetzt nach Restaurant Rathhaus räumen. Er hat sein Bureau jetzt nach Restaurant Beschwerde entgegen genommen. Telefon Nr. 754.

Der Dolchstoß von hinten. Am die Ehre der Heimat gegen die Angriffe der O. S. L. zu schützen, veranstaltet der „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ am Sonntag, den 14. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Berliner Lehrerverein, eine öffentliche Kundgebung. Thema: Der Dolchstoß der Heimat — eine Schandtat! Es werden sprechen: Karl Betzer, Optm. A. D. Willsch, Ingenieur, Ignaz Wrobel, Dr. Rudolf Dreißbach und Arthur Jäger. Gäste willkommen. Zutritt frei.

Ein falscher Gendarm ist als der Mann festgestell worden, der am 2. September in dem Hause Velle-Altenstraße 82 einen Raubüberfall auf eine Frau verübte. Er wurde entlastet.

als ein Wieselwiesel Konstantin Weitzer vom ehemaligen 6. Garde-Grenadier-Regiment zu Fuß, der unterdessen wegen anderer Straftaten bereits verhaftet wurde und im Festungsgelände in Spandau sitzt. Ein Jubiläum, der beteiligt war, wurde gestern in seiner Wohnung in der Schwedenstraße ermittelt und ebenfalls festgenommen. In ihm sah die Kriminalpolizei einen alten Bekannten wieder. Es ist ein 39 Jahre alter, schon oft vorbestrafter Koch Johann Straube, der sich schon wiederholt in der Rolle des falschen Kriminalbeamten gefiel.

## Aus dem Gemeindeleben.

Riebersohnhausen. In der Gemeindevorstellung am 9. Dezember wandten sich unsere Genossen in scharfer Weise gegen einen Antrag der Demokraten, die Anfragen, die bisher am Beginn der Sitzung gestellt wurden, am Schluss derselben zu verlegen. Man wollte damit den höchst unbequemen Anfragen, welche fast ausschließlich bisher von unserer Fraktion gestellt wurden, und stets längere Debatten hervorrief, aus dem Wege gehen. Diese Angelegenheit wurde dem Gemeindevorstand überwiesen. Nunmehr brachte unsere Fraktion einen Dringlichkeitsantrag ein, den Arbeitslosen ohne Unterschied, ob ledig oder verheiratet, eine Weihnachtsunterstützung von 80 M. zu überweisen. Nach längerer Begründung durch Genossen Buchweitz erklärte Herr Wiesner von der S. B. D., daß er wohl im Prinzip dafür sei, aber nach den bestehenden Gesetzen für die Erwerbslosen für die Gemeinde nichts dafür tun könne. Auch der Herr eines Arbeiters Drahe von den Demokraten sei hier gebührend gekennzeichnet, der erklärte, die U. S. B. treibe mit ihrem warmen Eintreten für die Arbeitslosen nur Trümpfen. Unsere Genossen wiesen diese Anpöbelung gebührend zurück und darauf wurde der Antrag dem Gemeindevorstand überwiesen. Auf Antrag der Arbeitslosen wird denselben Brennholz der letzten Woche überwiehen, welches sie, wenn sie 14 Tage wieder in Arbeit stehen, in wöchentlichen Ratenzahlungen von 4 M. wieder zurückzahlen. Auf Antrag des Gemeindevorstandes, die bisherigen Preislisten für begabte Kinder an den höheren Lehranstalten von 5 auf 10 Prozent zu erhöhen, wurde beschlossen, im Falle diese 10 Prozent nicht ausreichen, weitere Preislisten zu eröffnen. Für je 1/2 Raummeter Holzlieferung an in wirtschaftliche Not Geratene werden weitere 2200 M. bewilligt.

## Lebensmittellieferer.

Berlin. Auf Abschnitt 2. 20 der Einfuhrzollkarte der Stadt Berlin 125 Gramm amerikanisches Weizenmehl und 125 Gramm amerikanisches Jervalmehl. Die Ausgabe von inländischem Mehl an Stelle des amerikanischen Mehls darf bei dieser Verteilung nicht stattfinden. Die Abchnitte sind bis Mittwoch bei den Kleinhandlern abzugeben. Berlin. Die Montag erhält jeder Bürger Einwohner bei Posten der zur Zeit gültigen Speisekarte 125 Gramm Röhre bei dem Händler, bei dem die Entlochung zum Speisekartenzugang erfolgt ist.

## Aus den Organisationen.

11. Bezirk, Bildungsausschuß. Sonnabend, den 13. Dezember, 7 1/2 Uhr, Vortrag des Gen. D. Steinig in der Schulaula, Gartenstraße 25, über Strafrecht. — Sonnabend, 20. Dezember, 7 Uhr, Winter-Sonnenwendfeier im „Kasino“, Sophienstr. 34: 1. Einzelnder Vortrag des Gen. Stöfing über „Revolutionäre Dichtung“. 2. Rezitation revolutionärer Dichtungen durch erste Künstler. 3. Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Eintritt einschließlich Getränke und Steuer 1.00 Mk. Willkomm sind bei den Jungmännern des Bezirks und eventuell an der Abendhalle zu haben. Charlottenburg. Sonntag, den 14. Dezember, nach Schluß der Preisverteilung Sitzung der Stadtdirektoren, betreffs wichtiger Besprechung, im Rathaus, Zimmer 304. Charlottenburg. Der Rufus des Genossen Dr. Herz über Nationalökonomie fällt am Sonntag aus. Neukölln. Heute abend 8 Uhr wichtige Vorstandssitzung im Parteibureau. Die Leiter der Sonntagssammlungen und Kontrollen erscheinen ebenfalls dort. Spandau, Bildungsausschuß. Die vom 14. bis 18. Dezember angelegte Weihnachtsgesamtausstellung kann nicht stattfinden, da die Bücher vollkommen vergriffen sind. Nichtenau, Klein-Kühnedeck, Schneide. Heute Sonntagabend pünktlich 8 Uhr Mitgliederversammlung in Wonne „Waldschloß“. Bericht der Schneideger Gemeindevorsteher. Wichtige Organisationsangelegenheiten.

## Bereinstellender.

Deutscher Werkmeister-Verband. Alle Kollegen des D. W. V., die von dem Streik in den Walchhallen betroffen sind, haben sich unverzüglich in dem Bureau Stralauer Str. 59 in der Zeit von 9 bis 4 1/2 Uhr zu melden. Transporthandwerker-Verband. Chemischer Großhandel. Montag abend 7 Uhr im Köhler-Rosino, Goldammerstr. 72, Versammlung. Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 1. Sektion 5 (Post- und Telegraphen-Ausbilder). Betriebsversammlung Sonntag vormittags 10 Uhr im „Kosenthaler Hof“, Kosenthaler Straße 11/12.

## Briefkasten.

O. N. 101. Der Friedensbund der Arbeiter-Teilnehmer ist eine neu gegründete politische Organisation. Die Kritik in der „Spandauer Zeitung“ ist anscheinend von nationalfischer Seite veranlaßt worden, um den Friedensbund zu diskreditieren. Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. u. m. b. H. Berlin. — Druck der Lindenbroscherei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

**Kupfer!**  
Gußeisen!  
Metalle!  
Hochpreise!  
Zahngelbes!  
Platin!  
Gold!  
Silber!  
Brillanten!

**Platin!**  
**Gold!**  
**Silber!**  
**Brillanten!**  
Zahngelbes!  
Unmodernen  
Schmuck!

**Höchste Preise**  
über Tageskurs  
zahlbar für  
**Platin-**  
Tiegel, Schalen,  
Drehtische, Zahn-  
stühle, Schmuck,  
Bücherstempel,  
**Gold-**  
Barren, Münzen,  
Schmuck, Zahngold,  
Bruchgold,  
**Silber-**  
Barren, Münzen, Ab-  
fälle, Bestecke, Löffel  
nur  
**Metallkontor**  
Berlin SW 68,  
Alte Jakobstr. 138  
am Halleschen Tor  
— gegründet 1903 —  
Tel.: Moritzplatz 12888  
Tel.-Adr.:  
**Metallkontor**  
Berlin SW 68

**Zahngelbes!** Platinabfälle  
Goldstücke, Silberschmelz,  
Metalle, Kupfer, Messing,  
Zinn, Eisen, Stahl, Nickel,  
Kupfer, Messing, Zinn usw.  
Gold, Silber, Platin, Metall-  
schmelzwerk, Walfenmarkt 74  
Kupferleitungen, Kabel,  
Litzen, Motoren, Kupfer zu den  
höchsten Preisen Elektrö-  
den, Lange Str. 27, Ecke  
Andreasstraße, Altes 2039

**Metalle bedeutende**  
**Preiserhöhung!**  
**Platin!**  
Zahngelbes,  
Zahn bis 75.— Mark  
**Gold, Silber, Münzen**  
**experten. Sinner**  
Oxidsilber / Glühstrumpf-  
schmelz / Stannolpapier / Trossen  
Kupfer / Rotguth / Messing  
Zinn / Nickel / Wellmetall  
Aluminium / Blei / Zink  
**höchstzahlend**  
Edelmetall — Einkaufspreis  
Weberstrasse 31  
(Alex. 4243)

**Stoffe**  
für Damen- und  
Herrschafkleidung  
Futterstoffe / Kattun  
**Konfektion**  
für Damen u. Mädchen  
Maßanfertigung  
**C. Pelz**  
50 Jk. Kottbuser Str. 5

**Möbel**  
gegen bar  
und auf  
**Teilzahlung**  
zu mäßigen Preisen  
Bürgerliche  
Wohnungseinrichtungen  
Wohnzimmer  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
in großer Auswahl  
Einzelne Möbel  
Farbige Küchen  
**Boiser**  
Lothriener Str. 67.

**Möbel**  
gegen bar  
und auf  
**Teilzahlung**  
zu mäßigen Preisen  
Bürgerliche  
Wohnungseinrichtungen  
Wohnzimmer  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
in großer Auswahl  
Einzelne Möbel  
Farbige Küchen  
**Boiser**  
Lothriener Str. 67.

**Kupfer!**  
Gußeisen!  
Metalle!  
Hochpreise!  
Zahngelbes!  
Platin!  
Gold!  
Silber!  
Brillanten!

**Platin!**  
**Gold!**  
**Silber!**  
**Brillanten!**  
Zahngelbes!  
Unmodernen  
Schmuck!

**Höchste Preise**  
über Tageskurs  
zahlbar für  
**Platin-**  
Tiegel, Schalen,  
Drehtische, Zahn-  
stühle, Schmuck,  
Bücherstempel,  
**Gold-**  
Barren, Münzen,  
Schmuck, Zahngold,  
Bruchgold,  
**Silber-**  
Barren, Münzen, Ab-  
fälle, Bestecke, Löffel  
nur  
**Metallkontor**  
Berlin SW 68,  
Alte Jakobstr. 138  
am Halleschen Tor  
— gegründet 1903 —  
Tel.: Moritzplatz 12888  
Tel.-Adr.:  
**Metallkontor**  
Berlin SW 68

**Zahngelbes!** Platinabfälle  
Goldstücke, Silberschmelz,  
Metalle, Kupfer, Messing,  
Zinn, Eisen, Stahl, Nickel,  
Kupfer, Messing, Zinn usw.  
Gold, Silber, Platin, Metall-  
schmelzwerk, Walfenmarkt 74  
Kupferleitungen, Kabel,  
Litzen, Motoren, Kupfer zu den  
höchsten Preisen Elektrö-  
den, Lange Str. 27, Ecke  
Andreasstraße, Altes 2039

**Metalle bedeutende**  
**Preiserhöhung!**  
**Platin!**  
Zahngelbes,  
Zahn bis 75.— Mark  
**Gold, Silber, Münzen**  
**experten. Sinner**  
Oxidsilber / Glühstrumpf-  
schmelz / Stannolpapier / Trossen  
Kupfer / Rotguth / Messing  
Zinn / Nickel / Wellmetall  
Aluminium / Blei / Zink  
**höchstzahlend**  
Edelmetall — Einkaufspreis  
Weberstrasse 31  
(Alex. 4243)

**Stoffe**  
für Damen- und  
Herrschafkleidung  
Futterstoffe / Kattun  
**Konfektion**  
für Damen u. Mädchen  
Maßanfertigung  
**C. Pelz**  
50 Jk. Kottbuser Str. 5

**Möbel**  
gegen bar  
und auf  
**Teilzahlung**  
zu mäßigen Preisen  
Bürgerliche  
Wohnungseinrichtungen  
Wohnzimmer  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
in großer Auswahl  
Einzelne Möbel  
Farbige Küchen  
**Boiser**  
Lothriener Str. 67.

**Möbel**  
gegen bar  
und auf  
**Teilzahlung**  
zu mäßigen Preisen  
Bürgerliche  
Wohnungseinrichtungen  
Wohnzimmer  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
in großer Auswahl  
Einzelne Möbel  
Farbige Küchen  
**Boiser**  
Lothriener Str. 67.



# Bezirks-Verband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.

Am Sonntag, den 14. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr:

## Große öffentliche Versammlung

in folgenden Lokalen:

Zentral-Theater, Alte Jakobstraße.  
Nationalhof, früher Königshof, Bülowstr. 37.  
Happold, Hasenheide.  
Graumanns Festsäle, Naunonstraße.  
Märkischer Hof, Admiralsstr. 18c.  
Schulaula, Görlischer Str. 51.  
Schulaula, Manteuffelstr. 7.  
Urania, Wrangelstraße.  
Schulaula, Slogauer Straße.  
Gewerkschaftshaus, Engeluser 15.  
Königsbau, Gr. Frankfurter Straße.  
Alt-Berlin, Blumenstraße.  
Comenius-Säle, Memeler Straße.  
Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee.  
Viehbofsörse, Eldenaer Straße.  
Union-Festsäle, Orerswalder Straße.  
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee.  
Coppien-Säle, Copenhagenstr. 18.  
Café Stern, Oranienburger Str. 18.  
Walhalla-Theater, Weinbergsweg.  
Prachtsäle Roabit, Wicelstr. 24.  
Klostergarten, Spandauer Schiffabrtslanal.  
Germania-Festsäle, Chausseest. 110.

Schulaula, Müller-, Ede Triftstraße.  
Kolberger Salon, Kolberger Str. 23.  
Löwen-Brauerei, Hoch-, Ede Badstraße.  
Schulaula, Böttcher-, Ede Pankstraße.  
Schulaula, Grünthaler Straße.  
Reinickendorfer-Dorf: Hubertus-Säle, Provinzstr. 77/78.  
Vorligwalde: Turnhalle, Konradstraße.  
Tegel: Strandschloß.  
Hermisdorf: Lokal Köppler.  
Hohenneudorf: Restaurant Klauß, Schönflieher Straße.  
Bez. Hohen-Neudorf: Bergschloß, Birkenwerben,  
Birkenwerder Straße, nach 4 Uhr.  
Oranienburg: Schützenhaus, Montag 7 1/2 Uhr.  
Bellen: um 2 Uhr.  
Pankow: „Zum Kurfürsten“, Berliner Straße.  
Hohenschönhausen: Schulaula, Röderstraße.  
Rosenhal: Lokal Bohne, Hauptstr. 1.  
Franz-Buchholz: Neustad-Festsäle, Hauptstr. 71.  
Weißensee: Turnhalle, Viktoriusstr. 23.  
Lichtenberg: Reform-Gymnasium, Parlaue.  
Jahn-Gymnasium, Marktstr. 1/2.  
TrepLOW: Wansitz, TrepLOW am Park 27.

Oberschöneweide: Möhrers Blumengarten, Ede  
Nieder Schöneweide: Lorelen.  
Adlershof: Wölffsteins Lustgarten, Bismarckstr. 73.  
Köpenick: Stadt-Theater, Wilhelmsplatz.  
Neu-Zittau b. Erkner: Lokal Spreepad, nachmittags.  
Alt-Glien: Sadebrecht, Friedrichstraße.  
Neudölln: Rudow-Lichtspiele, Koitbuser Damm 7.  
Allems Festsäle, Hasenheide.  
Kindl-Brauerei, Hermannstraße.  
Stern-Lichtspiele, Hermannstr. 49.  
Excellior-Lichtspiele (Deutsches Wirtshaus),  
straße 136/137.  
Südsterne-Lichtspiele, Kneiebedstr. 113.  
Brig: Beckers Gesellschaftshaus, Chausseest. 97.  
Mariendorf: Aula des Gymnasiums in der Kallie.  
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße.  
Schöneberg: Chamisso-Schule, Barbarosaplatz.  
Wilmersdorf: Ober-Realsschule, Am Hindenburgpark.  
Steglitz-Friedenau, Aula in Steglitz, Heesestr. 15.  
Groß-Lichterfelde: Hindenburgdamm 104 bei Schöner.  
Zehlendorf (Wannseebahn): Lindenpark, Berliner Str.  
Teltow: Gesellschaftshaus, Berliner Straße.  
Spandau: Germania-Säle, Sirejowplatz.

## Tagesordnung: Marloh und seine Mitschuldigen

Referenten:

Bur u, Berger, Brellscheid, Däumig, Drucker, Elster, Eitel, Freund, Fu'ran, Harnisch, Herz, Hebler, Adolf Hoffmann, Horn, John, Kleinschmidt, Krille, Kubig, Küter, Leetich, Lehmann, Leid, Löwenstein, Köppler, Luigwih, Mahler, Majahn, Moses, Nehme, Rabold, Rauch, Reikert, Al ter, Rosenfeld, Sabath, Sel, Karl Schneider, Schröder, Schünig, Seidel, Stein, Stimming, Stö ringer, Stoll, Teschle, Thomas, Ulich, Ulrich, Weise, Weyl, Wielepp, U. Wurm, Mathias, Feunet, Fienau, Zimmermann, Zubeil.

Arbeiter, Angestellte, Männer und Frauen erscheint in Waffen! Erhebt energischen Protest gegen die brutale Niedertretung der Rechtsgeföhle des Volkes!

S. N.: Germann

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle: Berlin N 54, Eichenstr. 63/65.  
Geschäftszeit von 10 bis 12 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 185, 1280, 1987, 9714.

Montag, den 15. Dezember 1919, abends 7 Uhr  
**Branchen-Versammlung**  
der **Wickler, Wicklerinnen und Zillerei**  
Berlins und Umgegend

In der Aula der Schule Grünthaler Straße 5.  
Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Jahresbericht.  
2. Diskussion. 3. Bericht der Gewerkschaften. 4. Beschlüsse.  
5. Die Arbeit des Jahres 1919.

Am Montag, den 15. Dezember 1919,  
abends 6 Uhr, in Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 10.

**Bezirksversammlung**  
für den Bezirk Charlottenburg.  
Tagesordnung: Der Bezirksverband und seine Stellung.  
6. Der Bezirk und sein Gebiet.  
Beschlüsse des Bezirks sind verbindlich für alle Mitglieder.  
Die Ortsverwaltung.

### Kommunistische Partei

3. Bezirk, Prenzlauer

Sonntag, den 14. Dez., vormittags 11 Uhr,

### Volksversammlung

Im Stadttheater Alt-Roabit

Tagesordnung:

1. Die politische Situation.  
2. Diskussion.

Am 14., 20. und 27. Dez. Abends in der Aula des Reichshaus.  
Kommunistische Partei, Prenzlauer Str. 10, 11 u. 12, im Saal des Reichshaus.  
Teilnehmerpreis für 3 Wochen 1 Mark.

Heute, 13., abds. 7 Uhr

spricht der Herausgeber der „Tribüne“

**Karl Schmidt**

im W.igen Saal der Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18

über:

Stände und kein Ende!

Eintrittspreis 1 Mark. Der Reingewinn fließt dem

Kassendirektor zu.

### Bekanntmachung.

1. Es entfallen auf den Abschnitt 2. 20 der Einfuhrzolltarife der Stadt Berlin

125 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 21 Pf. (81 Pf. je Pfd.) und 125 Gramm amerikanische Gerstenmehl zum Preise von 15 Pf. (70 Pf. je Pfd.).

Die Ausgabe von insändlichem Mehl an Stelle des amerikanischen Mehls darf bei dieser Verteilung nicht stattfinden.

2. Unter Ausschluss nachträglicher Annahme sind die Voranmeldeabschnitte vom Sonnabend, den 13. bis Mittwoch, den 17. Dezember 1919, bei den Kleinhandlern abzugeben.

3. Die Kleinhandler haben die Anmeldeabschnitte zu der oben aufgeführten Nummer am 18. Dezember 1919 bei den Großhändlern abzugeben.

4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 18. Januar 1920.

Berlin, den 11. Dezember 1919.  
Registrierung  
Verteilung für Nahrungsmittel.  
Tab.-Nr. 0020 23.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Der Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen verstorben sind:

Der Arbeiter

**Michael Grajek**

am 10. d. M. — Die Beerdigung findet am Montag, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Weißenseer Immensen-Kirchhofes aus statt.

Der Kohlerer

**Marlin Klem**

Neukölln, Böhmische Straße 49, am 8. d. M. — Die Beerdigung findet am 10. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Genselhof-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher

**Friedrich Pileth**

am 3. d. M. gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.



Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes  
**Gustav Gutsche**  
sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere Herrn Werner, für die tröstlichen Worte am Grab des Toten innigen Dank.  
Anna Gutsche, selbst Kleider.

### Achtung Bauarbeiter!

In Absicht auf die von der Reichsregierung beschlossene Erhöhung der Lohnsätze für 2020, den 4. d. M., in welcher sich der Bauarbeiter-Verband vereinigt, beginnen die in einem ersten Anlauf durch die Reichsregierung beschlossene Erhöhung der Lohnsätze des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes bereits am 9. d. M. vorm.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes,  
Verkehrsamt 11, Berlin.

Genossen beachtet die Inserent.n!

Berichtigung!  
In der Todesanzeige der Metallarbeiterzentralkasse muß es heißen:  
Der Beerdigungsmann  
**Max Stripp**  
und nicht Max Strippan.  
In der Beerdigung.

### Verkauf

Ringe, Uhren, Ketten, Kolliers, Nadeln, Armhänder, Ohrringe, sowie Silberarbeiten, Silberbesteck, silberne Zigarrenentzunder, nach Gewicht zu haben, in billigen Preisen, Gelegenheitskäufe viel anderer Waren.  
Kasseler Markt 11, Berlin.

Teppich  
auf er alten, samt Bezug.  
Treschkowsstraße 49.

### Reelles

W. F. K. KUPFER  
Blei, Zinn  
MESSING  
Stahlschmelze  
Zinnblech

Quecksilber  
Aluminium  
Cadmium

Metallarbeiten  
Platin, Gold  
Silber

PETERS  
Preise, Berlin

MÖBUS  
Waldstraße 10

GERMEL  
Königsplatz 10

DEBENE  
S. Böhmer  
Halsbrunn

HAASE  
Skala 10

GEWICHT  
Königsplatz 10

Zigaretten  
Preise, Berlin

Gänse  
Festung 10

Tasche  
Halsbrunn

W. F. K. KUPFER  
Blei, Zinn  
MESSING  
Stahlschmelze  
Zinnblech

Quecksilber  
Aluminium  
Cadmium

Metallarbeiten  
Platin, Gold  
Silber

PETERS  
Preise, Berlin

MÖBUS  
Waldstraße 10

GERMEL  
Königsplatz 10

DEBENE  
S. Böhmer  
Halsbrunn

HAASE  
Skala 10

GEWICHT  
Königsplatz 10

## Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)

# Öffentliche Versammlungen

Sonntag, den 14. Dezember 1919, vormittags 10 Uhr,  
(Pharussäle, Müllerstraße 142, Concordiasäle (Schauburg-Lichtspiele), Andreasstraße 64.)

Tagesordnung: Die politische Lage u. die K. P. D. Referenten: Paul Levi u. Clara Zetkin